

OKP-Kosten um sechs Prozent gestiegen

Die erbrachten Bruttoleistungen der Liechtensteiner Krankenversicherer beliefen sich im Jahr 2019 auf stattliche 177,7 Millionen Franken.

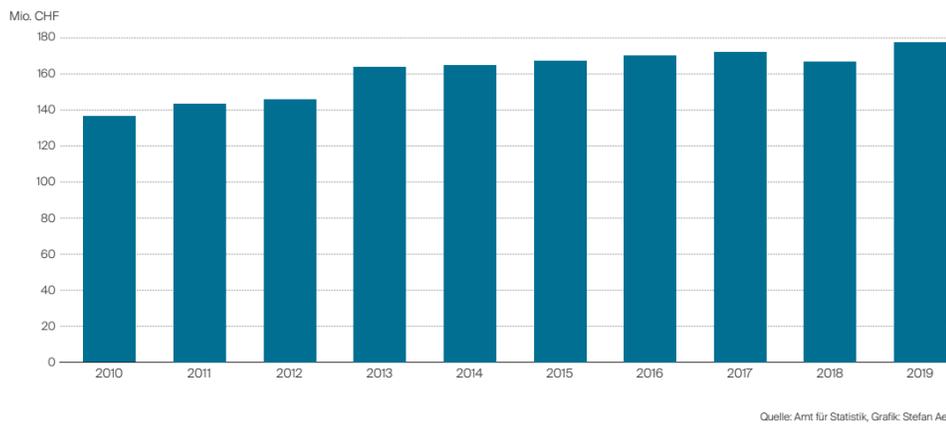
Oliver Beck

Nach Jahren des moderaten Wachstums – von 2017 auf 2018 wies das Amt für Statistik sogar einen Rückgang um 2,1 Prozent aus – sind die Kosten für die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) im vergangenen Jahr merklich angestiegen. Mit einem Total von 177,7 Millionen Franken lagen die abgerechneten Bruttoleistungen gemäss der gestern publizierten Krankenkassenstatistik 2019 gegenüber dem Vorjahr um 5,6 Prozent höher. Das von der Regierung festgelegte Kostenziel – ein Anstieg der Kosten um maximal 2,0 Prozent – wurde damit deutlich verfehlt. 2019 waren in Liechtenstein 40 306 Personen (15 939 Frauen, 16 083 Männer, 1655 Jugendliche und 6629 Kinder) krankenversichert. Pro Kopf beliefen sich die über die OKP abgerechneten Leistungen im Berichtsjahr folglich auf 4410 Franken – ein Plus von 4,5 Prozent.

14 Prozent über den Kosten der Schweiz

Gemäss den Zahlen des Schweizer Bundesamts für Gesundheit (BAG) – die Behörde beziffert die OKP-Kosten pro Versichertem im Fürstentum aufgrund einer anders zusammengesetzten Grundgesamtheit 4570 Franken – lagen die abgerechneten Pro-Kopf-Leistungen in Liechtenstein 2019 um 14 Prozent über jenen der Schweiz. «Gegenüber dem Vorjahr ist die Differenz um 2,8 Prozentpunkte grösser, aber deutlich tiefer als bspw. 2015 mit 19,1 Prozent Unterschied»,

Entwicklung der OKP-Kosten seit 2010



Nachgefragt

«Ambulant und stationär» statt «ambulant vor stationär»

Das Kostenziel für 2019 lag bei einem Anstieg um 2 Prozent, geworden sind es 5,6 Prozent. Das kann dem Gesundheitsminister nicht gefallen.

Mauro Pedrazzini: Nach vielen Jahren konstanter Kosten folgte 2019 ein unerwartet starker Anstieg. Das ist nicht im Sinne einer moderaten Entwicklung der Gesundheitskosten, die ich immer angestrebt habe und über viele Jahre auch umsetzen konnte.

Was sind die Hauptfaktoren für den Konsteanstieg?

Es waren besonders die Spitalleistungen und da vor allem diejenigen in der grenznahen Schweiz. Aus «ambulant vor stationär» ist «ambulant und

stationär» geworden. Aber auch in anderen Kategorien gab es Steigerungen, die merklich über denjenigen der letzten Jahre lagen. Sondereffekte wie Abrechnungsverzögerungen (also dass Leistungen des Jahres 2018 in vergleichsweise höherem Mass als sonst im Folgejahr abgerechnet wurden) erklären einen Teil des Kostenanstiegs im Spitalbereich, aber das meiste sind Mengensteigerungen.



Mauro Pedrazzini Bild: D. S.

Wie kann der Kostenanstieg künftig wieder verlangsamt werden?

Das System der Fallkostenpauschalen bei stationären Spitalleistungen hat einige Lücken, die meines Erachtens ausgenutzt werden, indem zusätzlich ambulante Leistungen separat abgerechnet werden. Hier müsste beim System der Fallkostenpauschalen nachgearbeitet werden, damit eine Fallkostenpauschale wirklich eine Fallkostenpauschale ist. Bei den ambulanten Leistungen wären für gewisse häufige Eingriffe Pauschalen ebenfalls nützlich. Wichtig ist aber die Feinarbeit, also dass man Orte identifiziert, die übermässige Steigerungen aufweisen und dort nachbohrt.

heisst es in der Krankenkassenstatistik.

Starke Zunahme bei den Spitalleistungen

Das grösste Kostenwachstum ist gemäss Amt für Statistik im Spitalbereich zu verzeichnen, der mit 38 Prozent auch den umfangreichsten Teil der Gesamtkosten ausmacht. Im Vergleich zu 2018 fielen die Spitalleistungen im zurückliegenden Jahr um 8,8 Prozent höher aus und beliefen sich in Summe auf gut 68 Millionen Franken. Auffällig ist hierbei insbesondere der starke Kostenanstieg im ambulanten Bereich um 15,5 Prozent auf 24 Millionen Franken, während die Kosten für den stationären Bereich «nur» um 5,5 Prozent anstiegen. Dies, wird in der Statistik vermerkt, sei zuvorderst auf die seit dem 1. Januar 2019 geltende Bestimmung «ambulant vor stationär» zurückzuführen. Als weitere Gründe nennt das Amt höhere Kosten durch Grundleistungen, bildgebende Verfahren und Aufwendungen für Arzneimittel sowie Abrechnungsverzögerungen im Zuge der Einführung einer neuen Software.

Mit 39,6 Millionen Franken schlugen 2019 die ambulanten Arztkosten (Behandlungen und Praxislabor) zu Buche. Das mit 22,3 Prozent zweitgrösste Stück des «Kostenkuchens» wuchs gegenüber dem Vorjahr um 3,7 Prozent. Auch die Kosten pro versicherter Person erhöhten sich im Zuge dessen erstmals wieder, nachdem sie zwischen 2013 und 2018 durchschnittlich jährlich um 2,2 Prozent zurückgegangen waren. Im Vergleich zu 2018 wurden pro Kopf 983 Franken

für ärztliche Leistungen berechnet – ein Plus von 2,6 Prozent.

Fast 425 000 ambulante Konsultationen

Insgesamt verzeichnet das Amt für Statistik für das Berichtsjahr 347 278 ambulante Arztkonsultationen (ohne Hausbesuche und Praxisbesuche zum Medikamentenbezug). Gegenüber 2018 bedeutet dies einen Rückgang um gut 6000 Fälle. Zugleich hat sich die Zahl der ambulanten Spitalkonsultationen – auch hier zeigt sich wieder der Effekt der Bestimmung «ambulant vor stationär» – um über 18 000 erhöht. Das Total von 425 000 ambulanten Konsultationen bedeutet im diachronen Vergleich somit einen neuen Höchstwert. Gleiches gilt für die Konsultationen pro versicherter Person, die 2019 bei 10,5 und damit noch über dem Wert von 2018 (10,3) lag.

27 Millionen Medikamentenkosten

Den drittgrössten Kostenposten stellten 2019 die Arzneimittel dar. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die Ausgaben für Medikamente um 0,8 Prozent auf 27 Millionen Franken. Pro versicherter Person wurden mit 670 Franken demnach annähernd gleich viele Medikamente abgerechnet wie 2018. Bezogen wurden diese dabei zu gut zwei Dritteln direkt in der Arztpraxis, zu einem Drittel in den Apotheken. Allerdings haben diese in den vergangenen Jahren merklich Boden gutgemacht, wie das Amt für Statistik betont. Seit 2011 stieg der Anteil der beim Apotheker bezogenen Arzneien um 12,2 Prozentpunkte.

«Ich bin gespannt, welchen Einfluss das Fürstenhaus hat»

Das Liechtenstein-Institut und das «Liechtensteiner Vaterland» führen zum dritten Mal eine Abstimmungsumfrage durch.

Noch knapp zwei Wochen bis zum «Super-Abstimmungssonntag». Am 30. August kann das Stimmvolk über die Vorlagen S-Bahn Liechtenstein, die Verfassungsinitiative und die doppelte Staatsbürgerschaft abstimmen. Noch nie kamen in Liechtenstein an einem Tag drei unterschiedliche Vorlagen zur Abstimmung.

Wie schon bei der Abstimmung über die Durchführung der Tour de Ski in Vaduz und den Neubau des Landesspitals führt das Liechtenstein-Institut zusammen mit dem «Liechtensteiner Vaterland» eine Online-Abstimmungsumfrage durch. «Primäres Ziel der Umfrage ist es, mehr über die Gründe des individuellen Stimmenscheidens zu erfahren. Für alle drei Vorlagen haben Befürworter und Gegner eine Vielzahl an Gründen für ein Ja respektive ein Nein ins Feld geführt. Welche dieser Gründe tatsächlich ausschlaggebend sind, soll mit der Umfrage ermittelt werden», sagt Christian Frommelt, Direktor des Liechtenstein-Instituts. Dieses Wissen helfe, den Ab-



Christian Frommelt, Direktor Liechtenstein-Institut. Bild: ts

stimmungsentscheid korrekt umzusetzen, biete der Politik aber auch eine Grundlage für zukünftige Entscheidungen. Auch ermöglicht die Umfrage eine Differenzierung von soziodemografischen Merkmalen. «So wird die Umfrage beispielsweise zeigen, ob sich die Einstellung zur Initiative HalbeHalbe zwischen den beiden Geschlechtern unterscheidet oder ob die S-Bahn Liechtenstein von einer bestimmten Altersgruppe besonders stark unterstützt

bzw. abgelehnt wird», so Frommelt. Bei den letzten zwei Abstimmungen hat sich etwa gezeigt, dass für rund zwei Drittel der Befragten von Anfang an feststand, wie sie abstimmen würden. «Auch das Informationsverhalten war sehr ähnlich. Persönlichen Gesprächen und Beiträgen in den beiden Tageszeitungen kommt hier ein besonderer Stellenwert zu.» Eine weitere Gemeinsamkeit der bisherigen Umfragen war, dass Personen mit geringem Vertrauen in die Regierung die Vorlage eher ablehnten. «Ich denke, dass sich bei dieser Abstimmung ähnliche Muster zeigen werden», sagt Christian Frommelt.

«Hoffen, dass mindestens 1500 Personen teilnehmen»

Die Befragung läuft ab heute bis zum 30. August um Mitternacht. Das Ausfüllen der Umfrage beansprucht ca. 15 Minuten. Spannend ist Christian Frommelt, ob eine bestimmte Vorlage besonders mobilisierte. «Auch bin ich gespannt darauf, zu erfahren, welchen Einfluss die Empfehlungen der Parteien, des

Fürstenhauses, der Regierung oder bestimmter Interessensgruppen auf die Stimmberechtigten hatten.»

Der Direktor des Liechtenstein-Instituts hofft, dass mindestens 1500 Personen an der Umfrage teilnehmen. «Vor der Auswertung prüfen wir die Daten auf ihre Konsistenz und Validität. Dabei schauen wir beispielsweise, wie lange eine Person zur Beantwortung der Fragen benötigt hat und prüfen auch, ob sich die Antworten der Person nicht widersprechen. Daten mit ungenügender Qualität werden nicht berücksichtigt. So können wir Verzerrungen durch Manipulationen eigentlich weitgehend ausschliessen», erklärt Christian Frommelt.

Auf die Frage, warum die Umfrage bereits vor der Abstimmung lanciert wird, sagt Frommelt: «Die Abstimmungsunterlagen sind bereits letzte Woche eingetroffen und ich bin überzeugt, dass für die meisten Personen bereits feststeht, wie sie abstimmen werden. Indem wir bereits jetzt mit der Umfrage starten, können wir garantieren,

dass die Analysen auch rasch nach der Abstimmung vorliegen werden. Die Fragen sind dabei so konzipiert, dass alle teilnehmen können, egal ob sie bereits abgestimmt haben, noch abstimmen werden oder

planen, nicht an der Abstimmung teilzunehmen.» (sap)

WWW.

Zur Abstimmungsumfrage: vaterland.li/onlineumfrage

«Unser Mobilitätsproblem kann nur gesamtheitlich gelöst werden. Höchste Zeit für den ersten Schritt und ein klares JA.»

Michael Hilti
ehemaliger LHK-Präsident

Ja
zur S-Bahn Liechtenstein.

Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer